

DER REGIONALRAT DÜSSELDORF

Nr. / Sitzung	StA	53.VA	PA	RR
Datum		12.03.2015		

NIEDERSCHRIFT

Düsseldorf, den 15. Mai 2015

Ort der Sitzung: Bezirksregierung Düsseldorf, Plenarsaal

Beginn der Sitzung: 10.05 Uhr

Ende der Sitzung: 10.35 Uhr

Teilnehmer: siehe beigefügte Anwesenheitslisten

Tagesordnung

1. Formalien

2. Genehmigung der Niederschrift über die 52. Sitzung des Verkehrsausschusses am 27.11.2014

3. Förderprogramm 2015 nach den Förderrichtlinien kommunaler Straßenbau

hier: Berichterstattung und Beschlussfassung

Vorlage: 3/ 53 VA bzw. 6/ 60 RR

4. Förderprogramm 2015 nach den Förderrichtlinien Nahmobilität

hier: Berichterstattung und Beschlussfassung

Vorlage: 4/ 53 VA bzw. 7/ 60 RR

5. Ergebnisdarstellung der Förderprogramme 2014 für den kommunalen Straßenbau sowie des Förderprogrammes für die Nahmobilität (Radverkehrsförderung) 2014

hier: Berichterstattung über die Ergebnisse im Jahr 2014

Vorlage: 5/ 53 VA

6. Information der Verwaltung

7. Verschiedenes

TOP 1 : Formalien

Der Vorsitzende des Verkehrsausschusses, Herr Hans-Hugo Papen (CDU), begrüßt alle Anwesenden.

Er stellt die ordnungsgemäße Ladung mit Schreiben vom 19.02.2015 fest und bittet um Genehmigung der Tagesordnung.

Der Verkehrsausschuss genehmigt die Tagesordnung einstimmig.

TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die 52. Sitzung des Verkehrsausschusses am 27.11.2014

Der Verkehrsausschuss genehmigt die Niederschrift einstimmig.

TOP 3: Förderprogramm 2015 nach den Förderrichtlinien kommunaler Straßenbau hier: Berichterstattung und Beschlussfassung

Gegenstand der Beratung war die Vorlage 3/53 VA bzw.6/60 RR vom 18.02.2015.

Die CDU-Fraktion legt fest, dass Herr Papen im Regionalrat berichtet.

Herr Edelhoff (SPD) erbittet von der Verwaltung eine nähere Erläuterung des für 2015 zur Verfügung stehenden Mittelvolumens von 60 Mio. € und der hiervon auf den Planungsraum und den RVR entfallenden Anteile.

Herr Happe (Verwaltung) führt aus, dass von den verfügbaren Entflechtungsmitteln i. H. v. jährlich 129 Mio. € ein Großteil bereits haushaltsrechtlich als Verpflichtungsermächtigungen gebunden ist. Unter Berücksichtigung von Mittelreserven für Bahnübergangsbeseitigungen im Zuge der Betuwe-Linie und für die Sanierung von Brücken bleiben noch 60 Mio. € für neu zu bewilligende Maßnahmen im kommunalen Straßenbau. Von diesen Mitteln werden im Regierungsbezirk 13 Mio. € verbaut, von denen rund 4,7 Mio. € auf den Planungsraum und der Rest auf das RVR-Gebiet entfallen.

Herr Plück (Verwaltung) teilt mit, dass die Vorlage bezüglich des durchgängig mit 60 % angegebenen Fördersatzes im Hinblick auf die beiden Maßnahmen der Stadt Remscheid eine redaktionelle Unstimmigkeit enthält, da der Fördersatz für die Stadt Remscheid als finanzschwache Kommune richtigerweise bei 65 % liegt. Diese Unstimmigkeit hat allerdings keine Auswirkung auf die ausgewiesene Mittelhöhe und wird für die Sitzung des Regionalrates noch entsprechend korrigiert.

Der Verkehrsausschuss fasst in seiner Sitzung am 12.03.2015 einstimmig den folgenden Beschluss zur Sitzungsvorlage VA 3/ 53 bzw. Beschlussvorschlag für RR 6/ 60 vom 18.02.2015:

Das Förderprogramm für den kommunalen Straßenbau 2015 wird gemäß Anlage 1 dieser Vorlage beschlossen.

TOP 4: Förderprogramm 2015 nach den Förderrichtlinien Nahmobilität

hier: Berichterstattung und Beschlussfassung

Gegenstand der Beratung war die Vorlage 4/53 VA bzw. 7/60 RR vom 18.02.2015.

Die SPD Fraktion legt fest, dass Herr Edelhoff im Regionalrat berichtet.

Herr Plück (Verwaltung) merkt an, dass in der Vorlage bei der Darstellung der zuwendungsfähigen Kosten und Zuwendungen für die beiden Maßnahmen in Neuss und Langenfeld Redaktionsversehen aufgetreten sind, die sich allerdings nicht auf die Höhe der aufgeführten Gesamtkosten der 9 neu eingeplanten Maßnahmen auswirken.

Herr Papen (CDU) bittet für die Sitzung des Regionalrates eine korrigierte Sitzungsvorlage vorzulegen. Dies wird von Herrn Plück (Verwaltung) zugesagt.

Herrn Selders (CDU) äußert sich kritisch zu den eingeplanten Mittel i. H. v. 792.000 € für die Öffentlichkeitsarbeit der AGFS in 2016/2017 und wünscht eine nähere Darstellung der Projekte, die mit diesen Mitteln durchgeführt werden sollen. Er regt an, die AGFS zu diesem Zweck in den Verkehrsausschuss einzuladen. Herr Edelhoff (SPD) schließt sich diesen Ausführungen an und wirft die Frage auf, ob es nicht sinnvoller wäre, die Mittel für den Bau von Radwegen zu verwenden.

Herr Papen (CDU) erinnert daran, dass diese Thematik bereits in der Vergangenheit diskutiert wurde.

Herr Plück (Verwaltung) erläutert, dass die Mittel von der AGFS für Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit wie z.B. Radaktionstage oder Veröffentlichung von Flyern eingesetzt würden. Er sagt insoweit eine Ergänzung der Anlage 1 für die Regionalratssitzung zu.

Herr Hildemann (SPD) wünscht ebenfalls eine detaillierte Darstellung, wofür die Mittel eingesetzt werden. Insgesamt dürfen aus seiner Sicht Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit nicht außer Verhältnis zu den Baumaßnahmen stehen.

Auf Nachfrage von Herrn Müller (FDP/FW) zu dem Anteil der Personalkosten erklärt Herr Plück (Verwaltung), dass aufgrund des Umstandes, dass sich der Sitz der AGFS in Krefeld befindet, die Zuwendungen der Bezirksregierung Düsseldorf auch Mittel für die Geschäftsstelle und die hauptamtlich tätige Geschäftsführerin enthalten.

Herr Happe (Verwaltung) sagt zu, dass sich die Verwaltung mit der AGFS zweckst Abstimmung eines Vortrags im Verkehrsausschuss in Verbindung setzen wird und gibt noch zu bedenken, dass die Zuwendungen auch Mittel für die IT-Infrastruktur umfassen.

Herr Papen (CDU) hält zusammenfassend fest, dass die AGFS in einem Vortrag die Verwendung der Mittel erläutert und ihre Tätigkeit darstellt.

Der Verkehrsausschuss fasst in seiner Sitzung am 12.03.2015 einstimmig den folgenden Beschluss zur Sitzungsvorlage VA 4/ 53 bzw. Beschlussvorschlag für RR 7/ 60 vom 18.02.2015:

Das Programm Nahmobilität 2015 wird gemäß Anlage 1 dieser Vorlage beschlossen.

TOP 5: Ergebnisdarstellung der Förderprogramme 2014 für den kommunalen Straßenbau sowie des Förderprogrammes für die Nahmobilität (Radverkehrsförderung) 2014

hier: Berichterstattung über die Ergebnisse im Jahr 2014

Gegenstand der Beratung war die Vorlage 5/53 VA vom 18.02.2015

Frau Patalla (Bündnis90/Die Grünen) wünscht für ihre Fraktion die Vorstellung der in Anlage 2 angesprochenen Machbarkeitsstudie Radschnellweg Neuss – Düsseldorf – Langenfeld/Monheim.

Herr Plück (Verwaltung) wird sich mit der AGFS in Verbindung setzen, ob im Rahmen ihres Vortrages auch die Machbarkeitsstudie angesprochen werden kann, da die AGFS in den Prozess der Radschellwege mit eingebunden ist.

Der Verkehrsausschuss nimmt die Vorlage einstimmig zur Kenntnis.

TOP 6: Information der Verwaltung

Herr Happe (Verwaltung) informiert über den aktuellen Sachstand zu den Verfahren Betuwe und RRX. Mit dem Verkehrsausschuss wird einvernehmlich vereinbart, dass die textliche Ausarbeitung der Sachstandsmitteilungen an das Protokoll angefügt wird (**siehe Anlage I**).

In diesem Rahmen wird der Ausschuss noch auf folgende Punkte hingewiesen:

1. In dem Verfahren zur Kapazitätserweiterung für den Flughafen Düsseldorf ist die Bezirksregierung als Anhörungsbehörde eingebunden.
2. In Oberhausen hat es einen ablehnenden Ratsbürgerentscheid über die Verlängerung der Linie 105 in Richtung Centro gegeben. Aus fachlicher Sicht hätte die Bezirksregierung als technische Aufsichtsbehörde und als Konzessionierungsbehörde für den Linienverkehr im ÖPNV die Weiterführung befürwortet.
3. Die Autobahnbrücke auf der BAB 40 in Duisburg-Neuenkamp ist gesperrt. Es handelt sich um eine baugleiche Ausführung zu der Brücke in Leverkusen. Die Bezirksregierung als obere Straßenverkehrsbehörde ist zusammen mit dem MIK und dem Verkehrsministerium bemüht, für eine geordnete Umleitung zu sorgen, um die Leichtigkeit und Sicherheit des fließenden Verkehrs zu gewährleisten.

Bei optimaler Planung und Bauausführung ist mit einer Änderung der Situation erst im Jahr 2025 zu rechnen. In Leverkusen und in Duisburg ist geplant, neben der bestehenden Brücke eine neue Brücke zu bauen, die im Verlauf der Bauarbeiten den Verkehr in einer Fahrrichtung aufnehmen soll. Danach soll die momentan bestehende Brücke abgerissen werden und daneben für die Gegenseite eine weitere baugleiche Brücke errichtet werden.

Herr Vielhaus (CDU) erkundigt sich nach dem Zeitrahmen bis zu einer möglichen Genehmigung der Kapazitätserweiterung des Düsseldorfer Flughafens. Herr Happe (Verwaltung) bittet um Verständnis dafür, dass er keine Möglichkeit sieht, den Zeitrahmen näher einzugrenzen, da auch mit einer gerichtlichen Auseinandersetzung zu rechnen sein wird.

Herr Papen (CDU) informiert darüber, dass der Landrat des Kreises Kleve die freien Kapazitäten des Flughafens Weeze zur Berücksichtigung nach Düsseldorf gemeldet hat.

Der Verkehrsausschuss nimmt die Information einstimmig zur Kenntnis.

TOP 7: Verschiedenes

Herr Edelhoff (SPD) bittet um belastbare Informationen, wann die Müngstener Brücke zwischen Solingen und Remscheid nach den zahlreichen Sperrungen für den Eisenbahnverkehr wieder zur Verfügung stehen wird. Herr Vollstedt (Verwaltung) weist darauf hin, dass nicht die Bezirksregierung, sondern das Eisenbahn-Bundesamt zuständige Aufsichtsbehörde ist. Die Bezirksregierung wird aber das Eisenbahn-Bundesamt bitten, sich gegenüber der Deutschen Bahn für eine Beschleunigung einzusetzen.

Herr Witzke (SPD) wünscht aus Anlass von aktuellen Presseberichten weitere Informationen über Riesen-Lkw, die sog. Gigaliner.

Herr Vollstedt (Verwaltung) erklärt, dass das Land NRW Gigaliner ablehnt. Dies ist nach seiner Überzeugung fachlich richtig, da der Einsatz von Gigalinern mit ihrer hohen Achslast zu einer verstärkten Abnutzung der Straßen und Brücken führen würde. So ist die Abnutzung einer Straße durch einen 40-Tonnen-LKW gleichzusetzen mit der Abnutzung durch 60.000 PKW. Ganz aktuell ist auch die Länge von Fahrzeugen in der Diskussion. Sobald zu diesem Thema weitere Erkenntnisse vorliegen, wird die Verwaltung im Verkehrsausschuss darüber berichten.

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 10.35 Uhr.

Papen

(Vorsitzender des
Verkehrsausschusses)

U. Müller

(Stellv. Vorsitzender des
Verkehrsausschusses)

Gunkel

(Schriftführerin)

Der Regionalrat Düsseldorf
Anwesenheitsliste –
Verkehrsausschusssitzung am 12.03.2015

Stimmberechtigte Mitglieder, Sachkundige Bürger und Fraktionsgeschäftsführer:

CDU-Fraktion

Name	anwesend
Aach, Michael	
Amfaldern, Nanette	
Brandts, Reiner	√
Dr. Fils, Alexander	
Gluch, Waldemar	√
Humpert, Karl-Heinz	
Läckes, Manfred	
Mertins, Patric	
Müller, Michael	
Nordmann, Johannes	√
Papen, Hans-Hugo	√
Petrauschke, Hans-Jürgen	
Post, Norbert	
Schmickler, Günter	√
Schroeren, Michael	√
Selders, Hannes	√
Steinmetz, Jürgen	
Vielhaus, Ewald	√
Welter, Thomas	

SPD-Fraktion

Name	anwesend
Bechstein, Klaus	√
Bedronka, Bernd	
Edelhoff, York	√
Hengst, Jürgen	
Hildemann, Michael	√
Hornbostel, Rolf	
Jessner, Udo	
Reese, Klaus-Jürgen	
Reuter, Klaus	√
Sinowenka, Friederike	
Thiel, Rainer	
Welp, Axel C.	
Witzke, Hans-Jochem	√
Wurm, Günter	

FDP/ FW

Name	anwesend
Gerhard, Frank	
Dr. Grumbach, Hans-Joachim	√
Gulan, Boris	√
Müller, Ulrich G.	√
Schiffer, Hans Lothar	√
Suika, Jörn	

Bündnis 90/Die Grünen

Name	anwesend
Arndt, Ingeborg	
Brücher, Bettina	
Krause, Manfred	
Patalla, Sandra	√
Sickelmann, Ute	
Tietz, Uwe	

Die Linke

Name	anwesend
Herhaus, Susanne	√

parteilos

Name	anwesend
Heitzer, Jürgen	

Beratende Mitglieder

Name		anwesend
Dr. Hoffman, Christian	Arbeitgebervertretung	
Dr. Siepmann, Udo	Arbeitgebervertretung	
Zipfel, Josef	Arbeitgebervertretung	
Arens, Guido	Arbeitnehmervertretung	
Kolle, Daniel	Arbeitnehmervertretung	
Wolf, Sigrid	Arbeitnehmervertretung	
Buck, Antje	Kommunale Gleichstellungsstellen	
Gerkens, Bert	Sportverbände	√
Wenzel, Bert	Naturschutzverbände	
Stieber, Andreas-Paul	Landschaftsverband Rheinland	√
Düsseldorf	OB/Vertr.	
Krefeld	OB/Vertr.	
Mönchengladbach	OB/Vertr.	
Remscheid	OB/Vertr.	
Solingen	OB/Vertr.	
Wuppertal	OB/Vertr.	
Kleve	Landrat/Vertr.	
Mettmann	Landrat/Vertr.	√
Neuss	Landrat/Vertr.	√
Viersen	Landrat/Vertr.	

Teilnehmer von der Bezirksregierung Düsseldorf:

Herr Regierungsvizepräsident Schlapka

Herr Abteilungsdirektor Happe

Abteilung 2

Herr Regierungsdirektor Vollstedt

Dezernat 25

Herr Regierungsoberbaurat Plück

Dezernat 25

Herr Regierungsdirektor Kießling

Dezernat 32

Frau Regierungamtfrau Gunkel

Dezernat 32

Frau Regierungamtfrau Sablofski

Dezernat 32

DB-Strecken „ABS 46/2 Grenze D/NL - Emmerich – Oberhausen („Betuwe“-Linie“) und „Rhein-Ruhr-Express (RRX)“

Sachstandsmitteilung für den VA des Regionalrats am 27.11.2014

Seit der letzten Sachstandsmitteilung an den VA mit Datum vom 14.03.2014 stellen sich die Verfahrensstände bei der BR Düsseldorf wie folgt dar:

1. Verfahren Errichtung 3. Gleis „Betuwe“

Hierzu sollen 12 Planfeststellungsverfahren geführt werden. Bei der BezReg liegen vom EBA **alle zwölf** Anträge zur Durchführung der Anhörungsverfahren vor:

- PFA 3.1 Rees-Haldern

Die Auslegung und das Beteiligungsverfahren sind abgeschlossen. Die Einwendungsfrist endete am 23.02.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

Diese Gegenäußerung liegt der BR seit dem 14.11.2013 vor und ist Grundlage für weitere durch die BR durchzuführende Abstimmungen sowie für den sich anschließenden Erörterungstermin.

Der Erörterungstermin hat am 11.06.2014 im Bürgerhaus der Stadt Rees stattgefunden. Der Termin konnte in Anwesenheit von ca. 85 Personen, davon 60 private Einwender, an einem Tag durchgeführt werden. Es herrschte dabei eine sachliche Atmosphäre, so dass es gelang, die themenorientierte Tagesordnung umfassend zu erörtern.

Die sich anschließende Beteiligung der Träger Öffentlicher Belange hat ergeben, dass

Anlage 1 zu TOP 6

noch Anpassungen vorgenommen werden müssen, deren Bearbeitung andauert.

Neu: Wegen der notwendigen Anpassungen ist bei der DB Projektbau ein Deckblattverfahren in Bearbeitung, welches noch 2015 bei der BR vorgelegt werden soll.

Insoweit ist die Fertigung eines Anhörungsberichts derzeit nicht aktuell.

[Einwendungen: **260** Stück]

- PFA 1.1 Oberhausen

Die Auslegung und das Beteiligungsverfahren sind abgeschlossen. Die Einwendungsfrist endete am 21.03.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und dort bearbeitet. Die daraufhin von der DB erstellte Gegenäußerung liegt der BR seit dem 24.06.2013 vor.

Nach Prüfung der Gegenäußerung auf die Erörterungsreife und deren Überarbeitung wurde am 20.11.2013 in Oberhausen der (erste „Betuwe“-)Erörterungstermin durchgeführt. Von den rd. 30 Einwendern haben 13 am Termin teilgenommen. Von den TöB waren 19 Vertreter anwesend. Der Termin konnte in sachlich-konstruktiver Atmosphäre an einem Tag durchgeführt werden. Hauptdiskussionspunkte waren erwartungsgemäß Grundstücksinanspruchnahmen, Lärmbeeinträchtigungen und BÜ-Beseitigung bzw. –ersatz. Im Nachgang sind jetzt von der DB verschiedene Erläuterungen sowie Änderungen/Ergänzungen des Antrags als sogenanntes Deckblatt vorzulegen und zu prüfen. Danach ist der Antrag zur abschließenden Prüfung und Entscheidung an das EBA als Planfeststellungsbehörde zurückzugeben.

Die Ergänzungen sind als Deckblatt am 19.10.2014 bei der BR Düsseldorf eingegangen. Jetzt schließt sich die Überprüfung der Unterlagen und die Beteiligung der betroffenen Träger der Öffentlichen Belange an.

Neu: Der Anhörungsbericht liegt intern im Entwurf vor und wird zeitnah bis spätestens April 2015 als 1. Anhörungsbericht „Betuwe „ an das EBA versandt.

[Einwendungen: **30** Stück]

- PFA 3.3 Emmerich-Praest

Die Auslegung und das Beteiligungsverfahren sind ebenfalls abgeschlossen. Die Einwendungsfrist endete am 02.05.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und werden dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

Die Gegenäußerung der DB Projektbau liegt der BR Düsseldorf seit dem 15.07.2014 vor. Der nächste und damit dritte Erörterungstermin wird derzeit für das 1. Quartal 2015 in

Anlage 1 zu TOP 6

Emmerich vorbereitet.

Neu: Am 04.03.2015 hat der Erörterungstermin in der Schützenhalle Kapaunenberg in Emmerich stattgefunden. Es haben neben den Vertretern der BR und der Antragstellerin ca. 20 Vertreter von Trägern öffentlicher Belange sowie ca. 80 private Einwender teilgenommen. Der Termin konnte in einer sachlichen und ruhigen Atmosphäre am Ende des ersten Tages abgeschlossen werden. Hauptschwerpunkte waren die Lärmbelästigungen, das Sicherheitskonzept und die Eisenbahnkreuzungen. Die Verhandlung hat ergeben, dass Korrekturen im Rahmen eines Deckblattverfahrens notwendig werden.

Medieninteresse war nicht festzustellen.

[Einwendungen **780** Stück]

- PFA 1.4 Voerde

Die Auslegung und das Beteiligungsverfahren sind ebenfalls abgeschlossen. Die Einwendungsfrist für private Einwender endete am 05.12.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und werden dort derzeit zur Gegenäußerung bearbeitet.

Die Gegenäußerung der DB Projektbau liegt seit dem 22.09.2014 bei der BR Düsseldorf vor.

(kein geänderter Sachstand)

[Einwendungen: **890** Stück, zuzüglich **1.300** via Unterschriftsliste]

- PFA 1.3 Dinslaken

Die Auslegung und das Beteiligungsverfahren sind auch hier abgeschlossen. Die Einwendungsfrist für private Einwender endete am 18.12.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und werden dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

Neu: Die Gegenäußerung der DB Projektbau liegt seit dem 30.10.2014 bei der BR Düsseldorf vor.

[Einwendungen: **580** Stück]

- PFA 2.3 Hamminkeln-Mehrhoog

Die Offenlage der Antragsunterlagen in Hamminkeln begann am 11.03.2013 und endete am 10.04.2013. Die sich anschließende zweiwöchige Einwendungsfrist endete am

(Stand: 06.03.2015)

Anlage 1 zu TOP 6

24.04.2013. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übersandt und werden dort derzeit zur Gegenäußerung bearbeitet.

Neu: Die Gegenäußerung der DB Projektbau liegt seit dem 12.12.2014 bei der BR Düsseldorf vor.

[Einwendungen: **919** Stück]

- PFA 3.2 Rees

Der Planfeststellungsantrag wurde als siebtes Verfahren am 14.06.2013 bei der BR eingereicht. Die Offenlage der Antragsunterlagen in Rees begann am 07.10.2013 und endete am 06.11.2013. Die Einwendungsfrist endete am 20.11.2013.

Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB im Rahmen des Einwendungsmanagements übermittelt und werden dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

(kein geänderter Sachstand)

[Einwendungen: **1404** Stück]

- PFA 2.1 Friedrichsfeld

Der Planfeststellungsantrag wurde der BR am 15.08.2013 vorgelegt. Die Offenlage der Antragsunterlagen begann am 22.10.2013 und endete am 21.11.2013. Die Einwendungsfrist endet am 05.12.2013.

Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB im Rahmen des Einwendungsmanagements übermittelt und werden dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

Neu: Die Gegenäußerung der DB Projektbau liegt seit dem 19.02.2015 bei der BR Düsseldorf vor.

[Einwendungen: **404** Stück]

- PFA 2.2 Wesel

Der Planfeststellungsantrag wurde am 05.09.2013 bei der BR eingereicht. Die Offenlage der Antragsunterlagen in Wesel begann am 04.11.2013 und endete am 03.12.2013. Die Einwendungsfrist endet am 17.12.2013.

40% der privaten Einwendungen sind der DB Projektbau am 14./15.10. 2014 zur Bearbeitung der Synopse übergeben worden, die restlichen Unterlagen werden voraussichtlich bis Jahresende 2014 folgen.

Neu: Die restlichen Unterlagen werden komplett vom 09.-11.03. 2015 der DB Projektbau

(Stand: 06.03.2015)

Anlage 1 zu TOP 6

zur Bearbeitung der Synopse übergeben.

[Einwendungen: 2350 Stück]

- PFA 1.2 Oberhausen-Sterkrade

Der Planfeststellungsantrag wurde der BR als 10. Verfahren am 12.11.2013 vorgelegt. Die Unterlagen wurden in den nächsten Wochen auf deren Tauglichkeit für die Offenlage geprüft.

Die Offenlage der Antragsunterlagen in Oberhausen hat am 03.02.2014 begonnen und endete am 02.03.2014. Die Einwendungsfrist lief am 17.03.2014 ab. Die Beteiligung der Träger Öffentlicher Belange ist erfolgt.

Die Abgabe aller Unterlagen an die DB Projektbau zur Erstellung einer Synopse fand am 24.06.2014 statt. Diese liegt noch nicht vor. Derzeit werden auch noch bauplanungsrechtliche Differenzen geprüft.

Als Besonderheit wird derzeit die Möglichkeit geprüft, ein Kompensationsgrundstück im Rahmen der Veränderungssperre befristet für die Unterbringung von Flüchtlingen zu nutzen.

Neu: Am 06.03.2015 ist die Vereinbarung über die befristete Nutzung eines Kompensationsgrundstückes für Flüchtlingsunterbringung, die von der Stadt Oberhausen und der DB Projektbau unterschrieben wurde, bei der BR eingegangen. Es wird zeitnah eine Zustimmung zur befristeten Außerkraftsetzung der Veränderungssperre erteilt werden.

In diesem Verfahren ist schon jetzt – vor Fertigstellung der Synopse – seitens der DB Projektbau angekündigt, dass ein Deckblattverfahren notwendig ist, welches parallel zur Synopsenbearbeitung erstellt wird.

(Einwendungen: 660 Stück)

-PFA 3.4 Emmerich

Der Planfeststellungsantrag 3.4 wurde der BR Düsseldorf als 11. Verfahren am 18.02.2014 vorgelegt. Nach der Prüfung der Unterlagen bezüglich der Tauglichkeit zur Offenlage wird diese im Mai 2014 angestrebt.

Die Offenlage der Unterlagen hat vom 14.05.2014 bis zum 13.06.2014 stattgefunden, die Einwendungsfrist für private Einwendungen endete am 27.06.2014.

(kein geänderter Sachstand)

(Einwendungen: 900)

(Stand: 06.03.2015)

-PFA 3.5 Emmerich-Elten

Der Planfeststellungsantrag wurde der BR Düsseldorf am 04.06.2014 als letzter Antrag vorgelegt. Nach Vornahme der Unterlagenprüfung wurde die Offenlage kurzfristig vorbereitet und wird am 27.10.2014 beginnen. Damit wird die Offenlage am 26.11.2014 enden und die Frist für private Einwendungen am 10.12.2014. Wegen der Grenznähe zu den Niederlanden muss in diesem einen PFA zeitgleich eine Offenlage in den Niederlanden erfolgen. Die Vorbereitung mit den zuständigen Stellen ist ebenfalls abgeschlossen.

Neu: Die Ende letzten Jahres abgeschlossene Offenlage hat ergeben, dass ca. 900 private Einwendungen geltend gemacht worden sind. Aus den Niederlanden sind weder private Einwendungen noch Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange eingegangen.

Ausblick

Im Jahr 2014 konnten verabredungsgemäß von der DB Projektbau alle noch fehlenden PFA'e vorgelegt werden. Das hat dazu geführt, dass von der BR Düsseldorf bis Jahresende 2014 alle zwölf PFA'e offengelegt werden konnten.

In den kommenden Jahren werden die noch offenen neun Erörterungstermine sowie die Abfassung von zwölf Anhörungsberichten an das Eisenbahnbundesamt im Mittelpunkt der Bearbeitung stehen. Nach Abschluss der jeweiligen Anhörungsverfahren wird das EBA als Planfeststellungsbehörde die endgültigen Beschlüsse fertigen.

Neu: Derzeit sind vier weitere PFA mit fertiger Synopse bei der BR Düsseldorf eingegangen. Aufgrund der zu knappen Personalausstattung sowohl im höheren wie auch im gehobenen Dienst wird es – auch im Hinblick auf das andere Großverfahren RRX - zu Bearbeitungspässen kommen. Dieser Umstand ist allen betroffenen Parteien bekannt.

2. Verfahren Rhein-Ruhr Express (RRX)

Hier sollen insgesamt 13 Planfeststellungsverfahren geführt werden, davon fallen 8 Verfahren in die Zuständigkeit der BR Düsseldorf. Bei der BR liegen derzeit die folgenden **drei** Verfahren vor.

- PFA 1.3 Leverkusen-Rheindorf – Langenfeld-Berghausen

Der Antrag wurde ab dem 23.04. bis zum 22.05.2012 in der Stadt Langenfeld ausgelegt. Die Einwendungsfrist endete am 05.06.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und wurden dort zur Gegenäußerung bearbeitet. Die Gegenäußerung wurde der BR von der DB vorgelegt und zwischenzeitlich auf die Geeignetheit zur Durchführung eines Erörterungstermins geprüft.

Der Erörterungstermin hat am 22.01.2014 stattgefunden. Der eintägige Termin mit etwa 80 Teilnehmern ist sachlich verlaufen, in einzelnen Streitpunkten konnte eine Lösung gefunden werden. Der Termin hat aber auch ergeben, dass Planänderungen im Rahmen eines Deckblattverfahrens durchzuführen sind, bevor der Anhörungsbericht des Dezernates 25 zur Versendung an das Eisenbahnbundesamt vorbereitet werden kann.

(kein geänderter Sachstand)

- PFA 4 Mülheim an der Ruhr

Das EBA hat aufgrund der geringfügigen Änderungsmaßnahmen entschieden, für diesen Abschnitt ein Plangenehmigungsverfahren durchzuführen. In diesem Verfahren wurde die BR am 07.05.2013 (Eingang) als TÖB beteiligt und um Stellungnahme gebeten.

Nach Beteiligung der Fachdezernate wurde die Stellungnahme der BR an das EBA gesandt. Am 31.10.2013 hat das EBA die Plangenehmigung erlassen.

(kein geänderter Sachstand)

-PFA 5a Essen

Der Planfeststellungsantrag 5a ist am 12.03.2014 bei der BR Düsseldorf vorgelegt worden. Die Durchsicht und Überprüfung der Unterlagen zur Vorbereitung einer späteren Offenlage wird eingeleitet.

Die Offenlage hat vom 01.09.2014 bis zum 30.09.2014 in Essen stattgefunden, die Frist für die privaten Einwendungen endete am 14.10.2014

(Einwendungen: 15 Stück)

Neu: Für den PFA 1.3 (Langenfeld) ist das Deckblatt für den April 2015 angekündigt. Vorbehaltlich einer dann notwendigen rechtlichen Prüfung sind wegen der Veränderungswirkung eine Offenlage und eine anschließende neue Erörterung wahrscheinlich, die beide noch im Jahr 2015 erfolgen sollen.

Für den PFA 5a (Essen) ist der Wunsch der DB Projektbau, eine Erörterung bis Ende des Jahres 2015 durchzuführen.

Anlage 1 zu TOP 6

Angekündigt ist für Mitte des Jahres 2015 der PFA 3.0 (Düsseldorf Wehrhahn/Unterrath), der dann zur Offenlage gebracht werden müsste.

Weitere konkrete Maßnahmen in den PFA 2 und 3 sind noch nicht absehbar.

Das MBWSV hat seit Ende Februar 2014 im Rahmen der umfassenden Öffentlichkeitsarbeit in Abstimmung mit den betroffenen Bezirksregierungen und der DB für die beiden Verfahren zwei Internetseiten gestaltet, die über die aktuellen Sachstände informieren:

- <http://www.rrx.de/index.php?id=60>
- http://www.mbwsv.nrw.de/verkehr/nahverkehr/Bus_Bahn/Planungsstand_Betuwe/index.php

gez.
Busch